

## **Rede von Oberbürgermeister Andreas Hesky zur Einbringung des Haushaltsplanes 2014 in der Sitzung des Gemeinderats der Stadt Waiblingen am 10.10.2013**

Sehr geehrte Stadträtinnen und Stadträte,  
sehr geehrte Frau Kollegin Priebe,  
liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,  
meine sehr geehrten Damen und Herren,

ich freue mich, Ihnen heute den Haushaltsplan 2014 im Entwurf vorstellen zu können.

Auch im kommenden Haushaltsjahr soll die solide Finanzpolitik der vergangenen Jahre fortgesetzt und der für unsere Stadt eingeschlagene Weg kontinuierlich weiterentwickelt werden. Dies ist allerdings nicht ganz so einfach wie in den Vorjahren. Bei der Aufstellung des Haushaltsplanes 2013 kamen die ungünstigen wirtschaftlichen Daten des Jahres 2011 positiv zum Tragen. Die Zuweisungen flossen spürbar stärker, und vor allem das, was Waiblingen an Umlagen zu bezahlen hatte, war aufgrund der geringeren Steuerkraftsumme aus 2011 deutlich reduziert. Im Haushaltsjahr 2014 spüren wir dagegen das äußerst erfolgreiche Haushaltsjahr 2012, das uns hervorragende Zuführungsraten beschert hat, weshalb wir die Allgemeine Rücklage gut auffüllen konnten. Uns fehlen allein wegen des Finanzausgleichs in 2014 gegenüber 2013 rund 3,8 Mio. € in der Kasse, die wir mehr an Umlagen bezahlen oder weniger an Zuweisungen erhalten. Daher musste bei der Haushaltsplanaufstellung alles unternommen werden, um einen ausgeglichenen Haushaltsplan und um eine den gesetzlichen Vorgaben entsprechende Zuführungsrate vom Verwaltungs- an den Vermögenshaushalt zu erreichen. Dies war ein Kraftakt, der alle Anstrengungen der Verwaltung erforderte und im nächsten Jahr vor allem eine weiterhin sparsame Mittelverwendung voraussetzt.

Ich möchte an dieser Stelle der Rathausmannschaft sehr herzlich danken. Hoch konzentriert wurden alle Ausgaben auf den Prüfstand gestellt. Nur dadurch war es möglich, heute diesen Entwurf einzubringen, der den gesetzlichen Vorgaben entspricht, ohne Drehen an der Steuerschraube.

Der Entwurf 2014 zeigt aber auch, dass wir - wie in den vergangenen Jahren - keinerlei Spielraum haben, um eine Grundsteuersenkung vornehmen zu können. Die Zusage, die Mehreinnahmen aus der höheren Grundsteuer seit 2011 in die Schuldentilgung einfließen zu lassen, konnte und kann gehalten werden. Im Ihnen vorliegenden Haushaltsplanentwurf beträgt die Zuführungsrate vom Verwaltungs- an den Vermögenshaushalt 1,498 Mio. Euro. Sie erlaubt keine großen Sprünge und wird nur bei einem unterstellten Kreisumlagehebesatz von 34 % erreicht.

Die Großen Kreisstädte und viele weitere Kommunen im Rems-Murr-Kreis haben diese Veranschlagung im Haushaltsplanentwurf 2014 vereinbart, um ein Zeichen zu setzen. Wir tun dies nicht, um den Kreis zu ärgern, sondern weil die Steuerkraftsummen der Kommunen aufgrund des sehr guten Jahres 2012 um 14,3 % gestiegen sind. Der Landesdurchschnitt liegt gerade einmal bei 6 %. Würde die Kreisumlage unverändert bleiben, wären damit Mehreinnahmen für den Landkreis in Höhe von über 23 Mio. Euro verbunden, was einer prozentualen Erhöhung von über 10 % der Einnahmen entspräche. Diese würden dem Kreis netto bleiben. Angesichts der Entlastungen des Kreises durch den Bund mit der vollständigen Übernahme der Grundversicherung, also der Sozialhilfeleistungen im Alter, und aufgrund der sehr guten Rechnungsergebnisse aus den Vorjahren, die bei der damaligen Kreisumlageberechnung nicht bekannt waren und damit dem Kreis zu zusätzlichen Einnahmen verhelfen, sind die Kommunen der Auffassung, dass im Jahr 2014 die Kreisumlage die kommunalen Haushalte, die durch zahlreiche Aufgaben enorm unter Druck stehen, nicht noch mehr belasten darf. Ich hoffe, dass der Kreistag erkennt, dass es im Jahr 2014 mehr als sonst darauf ankommt, dass die absolute Höhe der Kreisumlage entscheidender ist, als der Hebesatz.

Die wichtigste Einnahme im Haushaltsplanentwurf ist die an die Konjunktur angelehnte Gewerbesteuer. Wenn es den Unternehmen gut geht, ganz gleich, ob es die großen der Branche wie Stihl und Bosch oder die Banken und die Sparkasse sind oder die vielen mittleren und kleinen Firmen, Handwerker, Dienstleister und Gewerbetreibenden, dann können wir uns Investitionen erlauben und auch Dienstleistungen finanzieren, welche die Lebensqualität in unserer Stadt entscheidend prägen.

Angesichts der guten Gewerbesteuerzahlungen in den vergangenen Jahren war es uns möglich, die Infrastruktur, die vorgehende Generationen geschaffen haben, zu erhalten und neue Infrastruktur aufzubauen. Gleichwohl sind die durch die Infrastruktur ausgelösten Folgekosten im Haushaltsplan nun deutlich spürbar. Die Ausgaben im Verwaltungshaushalt haben sich in den vergangenen Jahren stark erhöht, weil so manche Spitzenposition, die unsere Stadt einnimmt, beispielsweise in der Kinderbetreuung, nicht zum Nulltarif zu haben ist.

Die Gewährleistung eines annähernd 60-prozentigen Rechtsanspruchs auf einen Tagesstättenplatz für Kinder vom ersten bis zum dritten Lebensjahr ist sehr deutlich zu spüren. Und auch nicht mehr zu beeinflussen. Als der Rechtsanspruch ab dem 1. Lebensjahr Ende 2008 beschlossen wurde, hatte Waiblingen schon eine intensive Vorarbeit geleistet, da wir mit dem Waiblinger Modell bereits in zahlreichen Kindertagesstätten die Voraussetzungen geschaffen hatten, damit die Vereinbarkeit von Familie und Beruf nicht erst ab dem 3. Lebensjahr eines Kindes eingelöst werden kann.

Die flächendeckende Erfüllung des Rechtsanspruchs in unserer Stadt erfüllt uns mit Stolz, aber wir spüren es nun auch im Haushaltsplan. Dabei darf man nicht überse-

hen, dass Waiblingen durch seine Zusage an die Ortschaften, eine polyzentrale Struktur auch in der Infrastruktur zu gewährleisten, mit einem deutlich höheren Kostenaufwand konfrontiert wird, wobei das keine Kritik an unserer Ortschaftsverfassung sein soll, ganz im Gegenteil.

Dadurch, dass wir die Ortschaftsverfassung in unserer Stadt haben und pflegen, sind unsere Ortschaften genauso gefragte Wohn- und Arbeitsstandorte wie die Kernstadt. Wir spüren es bei der Nachfrage nach Bauplätzen. Denken Sie nur an Bäumlésäcker. Dieses Gebiet war nicht zuletzt deshalb im Handumdrehen verkauft, weil die Menschen in Hohenacker zwar nicht fußläufig in Waiblingens Innenstadt kommen, aber eine Infrastruktur vorfinden, wie sie in manch selbstständiger 5.400-Einwohner-Gemeinde nicht vorhanden ist.

Ich bin sehr froh, dass wir am 1. Oktober 2013 eine Absichtserklärung mit der Telekom unterschreiben konnten, mit der der Ausbau des schnellen Internets im 07151-Gebiet bis Ende des Jahres 2014 bewältigt sein soll. Klar ist auch, dass wir Bittenfeld nicht hängen lassen wollen. Die Gewährleistung von gleichen Infrastrukturstandards in allen Ortschaften bringt für uns die Verpflichtung, auch in Bittenfeld schnelles Internet in die Haushalte und ins Gewerbegebiet zu bringen. Denn leistungsfähiges Internet ist ein Standortfaktor.

Dies gibt mir das Stichwort, nochmals einen Blick auf das Gewerbe in unserer Stadt zu werfen. Die Aufsiedlung des Gebiets Eisental hat vor allem in den zurückliegenden Monaten eine gute Dynamik entwickelt. Dabei wurde darauf Wert gelegt, dass an Unternehmen verkauft wurde, die bereits in unserer Stadt sind, was der Bestandssicherung dient, oder bei der Neuansiedlung Arbeitsplätze in Waiblingen neu entstehen.

Waiblingen ist ein guter und attraktiver Standort. Im Rahmen einer jüngst veröffentlichten Studie, wie Unternehmen die Wettbewerbsfähigkeit einer Kommune im Vergleich zu anderen einschätzen, wurden Schulnoten vergeben. Dabei wurden die Attribute: Image, Marktpotential, Netzwerke, Verkehr, Infrastruktur, Fachkräfte, Bildung, Standortkosten sowie Wirtschaftsförderung und Verwaltung bewertet. Waiblingen hat mit der Note 2,29 nicht nur die Versetzung geschafft, sondern liegt auf Rang 4, wobei Bietigheim-Bissingen mit 2,18, knapp gefolgt von Eislingen an der Fils mit 2,20, und das notengleiche Ludwigsburg und Herrenberg mit 2,26 nur hauchdünn vor Waiblingen mit 2,29 in der Bewertung zu finden sind.

Nun zum Gewerbesteueransatz in 2014: Wir gehen im Haushaltsplanentwurf davon aus, dass wir trotz der etwas geringeren Einnahmen in 2013 rd. 46 Mio. Euro Gewerbesteuer erhalten. Die Einkommensteuer wird nach der aktuellen Steuerschätzung mit rund 28,4 Mio. Euro leicht über dem diesjährigen Ansatz liegen. Ein Zeichen für Vollbeschäftigung und gute Löhne, die für gute Arbeit gezahlt werden. Den Betrieben

und Unternehmen in unserer Stadt gebührt großer Dank. Für die zur Verfügung gestellten Arbeitsplätze genauso wie für die bezahlten Steuern.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, in den zurückliegenden Jahren haben wir enorme Anstrengungen unternommen, um die Familienfreundlichkeit sicherzustellen. Eine neue Herausforderung in diesem Bereich, die auch in unserem Haushalt spürbar ist, ist die Umwandlung der Grund- und Werkrealschulen bzw. in Neustadt auch der Realschule zu Gemeinschaftsschulen.

Ich bin froh und dankbar, dass unsere Rektorinnen und Rektoren gemeinsam mit den Lehrerinnen und Lehrern und den Eltern den Weg selbst gefunden haben, wie sich die Schullandschaft in unserer Stadt aber auch die Schulen in ihrem Inneren verändern sollen.

Mit unseren drei Anträgen zur Umwandlung der Grund- und Werkrealschulen in Gemeinschaftsschulen wurden wichtige Weichen gestellt. Es gilt, die Entwicklung der Schülerströme in den nächsten Jahren abzuwarten. Durch die Aufhebung der Grundschulempfehlung ist keine genaue Planbarkeit mehr gegeben. Umso wichtiger aber ist es, dass an allen Schulzentren Ganztagsbetreuungsangebote vorhanden sind. Denn nur dann sind alle drei Schulzentren gleich attraktiv und bieten Perspektiven, die auch den Eltern die Aufnahme einer Berufstätigkeit ermöglichen, wobei es vor allem darum geht, auch mit Kindern unterbrechungsfrei im Beruf bleiben zu können. Mit anderen Worten: Der Betreuungsumfang, den Eltern aus der Kindertagesstätte gewohnt sind, wird verlässlich an Grundschulen und an weiterführenden Schulen angeboten, unabhängig vom Schulstandort. Auch dies wirkt sich auf den Haushalt deutlich aus.

Bisher ist nur am Salier-Gymnasium der Ganztagesbetrieb vorgesehen. Ob es dabei bleibt oder ob auch das Staufer-Gymnasium nachziehen wird, ist derzeit noch offen. Klar ist aber, es war bisher in unserer Stadt Konsens, dass der Wunsch einer Schule nach Ganztagsbetrieb im Gemeinderat nicht nur gehört, sondern auch erhört wird, und, sobald es die Mittel erlauben, auch umgesetzt wird.

Für die Umwandlung zur Gemeinschaftsschule sind die notwendigen Mittel für die Ausstattung der Schulen eingestellt, wobei 2014 eine erste Finanzierung im Haushaltsplan verankert ist, die dann auch in den Jahren 2015 und 2016 fortgesetzt wird.

Für 2014 sind die notwendigen Raten für den Bau der Ganztageseinrichtung an der Grundschule Beinstein eingestellt. Die Finanzierung der Ganztageseinrichtung an der Rinnenäckerschule beginnt im Jahr 2015.

Lassen Sie uns den gedanklichen Sprung nach Waiblingen Süd nutzen, um darauf hinzuweisen, dass der Bau des Bürgerhauses mit Turnhalle im Haushaltsplan mit einem ersten Betrag in Höhe von 200.000 Euro verankert ist. Dieser Betrag soll für

einen Wettbewerb, der auch mit der Arbeitsgruppe WN-Süd besprochen ist, und als erste Planungsrate genutzt werden. Die Fertigstellung ist 2017 vorgesehen.

Wir haben schon in den vergangenen Jahren enorm viel in Sportstätten investiert. Dabei ist an die Sporthalle der Wolfgang-Zacher-Schule genauso zu denken wie an die Sanierung der Halle in Beinstein. Auch mit der Erhaltung aller Hallenbäder hat der Schulsport sehr gute, wenn nicht sogar optimale Voraussetzungen. Dies gilt im Übrigen auch für den Vereinssport, der außerhalb der Schulzeit unsere Schulturnhallen und die Hallenbäder in den Ortschaften für Vereinszwecke nutzt. Das hohe Leistungsniveau der Vereine spiegelt das genauso wider wie die vielfältigen Breiten-sportangebote, die die Menschen immer wieder in Bewegung setzen, damit sie für ihre Gesundheit aktiv etwas tun können. Mit dem Bau der Sporthalle für das Staufer-Gymnasium, die trotz eines enormen Wasserschadens noch dieses Jahr in Betrieb gehen wird, kann die Situation am Staufer-Schulzentrum für den Sportunterricht deutlich verbessert werden.

Beim Thema Sporthalle darf der Blick in die Ortschaften nicht fehlen. Gemeinsam mit dem SV Hegnach ist eine Lösung entwickelt worden, die störende und missliche Umkleidekabinensituation und den Bewirtschaftungsbereich in der Hartwaldhalle Hegnach zu verbessern. Ich habe großen Respekt davor, dass der SV Hegnach diese Maßnahme hauptverantwortlich finanziell stemmen wird. Natürlich in Absprache mit der Stadt, weil auch wir unsere Interessen beim Neubau der Kabinen einfließen lassen wollen. Aber der SV Hegnach nutzt die Gunst der Stunde, um eigene Räume zur Schulung, Fortbildung und für Gymnastikangebote mit auf den Weg zu bringen und die Vereinsgaststätte auf neue Beine zu stellen. Die Entflechtung dieses Konglomerats, das in der heutigen Hartwaldhalle besteht, ist mindestens so dringend wie der Wunsch, dass die Hartwaldhalle saniert oder durch einen Neubau ersetzt wird. Gemeinsam mit dem SV Hegnach sind wir der Auffassung, dass die Kabinensituation sogar dringlicher ist als die Hallensituation selbst, weil dadurch viele Konflikte entschärft werden und die Nutzbarkeit der heutigen Hartwaldhalle verbessert wird. Da der SV Hegnach den Neubau selbst schultern möchte, sind im städtischen Haushaltsplan 2014 keine Mittel bereit gestellt. Diese werden dann in den kommenden Jahren erforderlich sein, wenn wir unseren Anteil an der Anmietung der Räume für die Stadt zu finanzieren haben. Wenn diese Maßnahme umgesetzt wird, wäre es in Hegnach schon die zweite Public Private Partnership-Maßnahme nach dem Bau der Erweiterung für die Ganztagesbetreuung an der Burgschule durch den Förderverein.

Noch einen Blick nach Bittenfeld: Die Strategie des TVB mit der Heimspielstätte in der SCHARRena ist aufgegangen. Man hat, wenn der TVB dort spielt, das Gefühl, Bad Cannstatt ist ein Vorort von Bittenfeld. Ich bin dem TVB für die Einsicht, die sich in dieser Entscheidung zeigt, dankbar, weil es nicht machbar gewesen wäre, eine Spielstätte in Bittenfeld zu erstellen. Klar ist aber auch, dass der TVB ein Waiblinger Verein bleibt, und zu einem erfolgreichen Spielbetrieb in der 2. Bundesliga mehr gehört, als nur die passende Spielstätte für das Ligaspiel zu haben. Daher begrüße ich

es außerordentlich, dass mit dem TVB an einer Lösung gearbeitet wird, um mehr Trainingsflächen in Bittenfeld anzubieten, die sowohl dem TVB als auch der Schule oder den anderen Vereinsnutzern zur Verfügung stehen. Gerade durch das Training vor Ort und die Kooperation mit der Schillerschule wird die Jugendarbeit in Bittenfeld ermöglicht und mit einer Hallenerweiterung gesichert. Und unabhängig, in welcher Liga die erste Mannschaft des TVB spielt, sind diese Hallenkapazitäten im direkten Umfeld der Schule für Bittenfeld immer ein Gewinn. Weitere Mittel für die Sanierung und einen möglichen Anbau sind im Haushaltsplan ebenso veranschlagt.

Aber nicht nur die Hallenkapazitäten sind wichtig. Mit dem im Haushaltsplan veranschlagten Neubau des Kunstrasenplatzes in Beinstein mit Gesamtkosten in Höhe von 1,15 Mio. Euro wird ein lange gehegter Wunsch dieser Ortschaft Wirklichkeit.

Ein Projekt, das auf seine Realisierung wartet, ist die Rundsporthalle. Es gehört aber auch dazu, wenn kein finanzieller Spielraum vorhanden ist, dazu zu stehen und Klarheit zu reden. Und der heißt: Für 2014 sind keine Mittel im Haushaltsplan eingestellt. Es bleibt zunächst bei der bisherigen Situation. Die Entscheidung, was mit der Rundsporthalle passiert, ist noch offen. Ich sehe die zwingende Notwendigkeit, die Frage ob Sanierung oder Neubau 2014 anzugehen. Der marode Hallenboden zwingt zum Handeln. Die Frage, die wir uns stellen müssen, heißt: Sanierung der Halle mit einem moderaten Aufwand - oder Neubau der Halle zu deutlich höheren Kosten aber auch mit neuen Perspektiven. Und bei der Entscheidungsfindung sind nicht nur die aktuellen Finanzen, sondern auch die zwingenden Ausgaben, die auf uns zukommen, zu sehen und zu bewerten. Dafür müssen wir uns ausreichend Zeit nehmen. Der Entscheidung haben wir uns durch die Klärung der Bittenfelder Situation deutlich genähert.

Sport hat in unserer Stadt schon immer einen hohen Stellenwert. Angesichts der demografischen Entwicklung wird seine Bedeutung noch steigen. Die Menschen werden älter. Wir Kommunen müssen unseren Beitrag leisten, damit unser Gesundheitssystem nicht überfordert wird. Hier spielen die Vereine eine wesentliche Rolle. Sie sind die Partner der Stadt in diesem Aufgabengebiet. Ein Beispiel finden Sie in der heutigen WKZ. Die eigene Beweglichkeit und Fitness zu erhalten, wird in Zukunft einen noch höheren Stellenwert bekommen. Das „Rezept für Bewegung“, das von der Bundesärztekammer entwickelt wurde, um Patienten Hinweise zu geben, welche Bewegungsangebote sie im Verein nutzen sollen, ist ein erster Schritt dazu.

Auch wir Städte werden an Attraktivität gewinnen, wenn wir Bewegungsangebote in Vereinen und in der Öffentlichkeit machen, die allen Menschen Impulse und Anregungen geben. Dabei denke ich nicht an Spielplätze für Senioren, sondern an eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die in der Kindertagesstätte beginnt und über die Vereine bis in das Seniorenzentrum oder die Begegnungsstätte reicht. Ich bin den Vereinen für ihre enorme Arbeit, die sie ehrenamtlich erbringen, sehr dankbar.

Kommunales Handeln beeinflusst die Lebenswelt der Menschen intensiv. Die Sportstadt Waiblingen kann sich dadurch zu einer Gesundheits- und Sportstadt weiterentwickeln, wobei das Wort Gesundheit hier vor allem Prävention und Fitness anklingen lassen soll.

Auch wenn es überraschen mag, aber an dieser Stelle muss ich auf unsere Heimattage 2014 eingehen. Sie, meine sehr geehrten Stadträtinnen und Stadträte, haben ein Programm beschlossen, das von Vereinen, Organisationen, Unternehmen, den Kirchen und vielen Menschen im Ehrenamt entwickelt wurde. Ein Programm von allen für alle, ganz gleich, welcher Nationalität, welcher Religion oder welchem sozialen Stand die Menschen in unserer Stadt angehören. Waiblingen soll eine Wohlfühlstadt sein, in der alle eine Heimat finden. Ich meine, an den 10 Wochenenden, die in unserem offiziellen Programm sind, ist uns dies gut gelungen. Ergänzt werden diese durch zahlreiche Veranstaltungen von bürgerschaftlichen Gremien, sei es der Frauenrat, Vereine und Institutionen, die sich mit der vom Heimatverein im Jahr 2006 gestellten Ursprungsfrage „Heimat ist, wenn...“ beschäftigen.

Die Heimattage werden für unsere Stadt ein Kraftakt. Ich denke an die vielen Ehrenamtlichen, die seit 2008 an der Vorbereitung sind und diese nächstes Jahr umsetzen wollen und an die vielen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer, von der Freiwilligen Feuerwehr, vom DRK, dem THW und an viele andere im Ehrenamt und im Hauptamt, beispielsweise beim Betriebshof. Ein solcher Veranstaltungsreigen kann nur geleistet werden, wenn die Menschen mitmachen, wenn sie einbezogen sind, wenn sie die Heimattage zu einem Teil ihres eigenen Lebens machen. Kurzum: Sich mit ihnen identifizieren. Ich glaube, dies ist schon gelungen. Aber wir werden auch Mittel im nächsten Jahr benötigen, um die Heimattage zu stemmen. Das Land beteiligt sich dankenswerter Weise mit 155.000 Euro an der Durchführung. Den selben Betrag bringt auch die Stadt auf. Doch damit allein wäre das Volumen von rund 855.000 Euro nicht zu finanzieren. Daher freut es mich sehr, dass wir Stand heute Sponsorenzusagen haben, welche die 400.000 Euro-Marke überschreiten. Dies ist ein ungeheuer starkes Signal, dass die Betriebe und Unternehmen erkennen, dass die Heimattage nichts von außen Aufgepfropftes, sondern von innen heraus Entwickeltes sind, und sie sich ihren Kundinnen und Kunden oder ihren Geschäftspartnern gerne mit den Heimattagen präsentieren.

Nun zur Gesundheit: Eine Erfolgsgeschichte besonderer Art scheint der Remstal-Marathon zu werden. Die Begeisterung für diese Laufveranstaltung von Waiblingen nach Schwäbisch Gmünd ist sowohl im Hinblick auf die Anfragen, die uns aus der Läuferzene erreichen, als auch von Partnern, die wir für dieses Wochenende gewinnen wollen, enorm.

Wir haben es heute auf der Tagesordnung stehen. Die beiden Kreissparkassen Waiblingen und Ostalb wollen den Remstal-Marathon zum Sparkassen Remstal Marathon machen und sind bereit, einen sehr namhaften Betrag dafür zu investieren.

Ich bitte Sie schon jetzt um Ihre Zustimmung. Aber auch andere Sponsoren erkennen die Bedeutung des Wochenendes unter dem Motto „Baden-Württemberg bewegt sich“. Gesundheit und Fitness sind Themen, welche die Menschen bewegen, weil sie in jedem Alter mobil und aktiv sein und bleiben wollen. Besonders schön ist, dass am Sonntag, 28. September 2014, nicht nur in Waiblingen und Schwäbisch Gmünd viel geboten ist, sondern auch die Kommunen entlang der Marathonstrecke sich einbringen und beteiligen und damit das gesamte Remstal in Bewegung bringen.

Die Heimattage sollen einen Beitrag leisten, dass sich die Menschen noch stärker mit Waiblingen und Baden-Württemberg identifizieren. Waiblingen übernimmt die Funktion, dass sich das Land im nächsten Jahr als Land der Innovation, der Vielfalt und Offenheit, aber auch der Geborgenheit präsentiert.

Ich freue mich, dass wir am Samstag, 10. Mai 2014, das Haus der Stadtgeschichte neu eröffnen können. Seine Wurzeln zu kennen, die interessante Geschichte von Waiblingen zu erspüren ist wichtig, um die Zukunft zu gestalten. Im Haushaltsplanentwurf 2014 sind die restlichen 100.000 Euro für den Umbau des Gebäudes, im Bereich der Ausstellungsräume barrierefrei, und für die Einrichtung der Ausstellung mit 221.000 Euro veranschlagt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, erlauben Sie mir noch den Blick auf einige ausgewählte Positionen des Vermögenshaushalts zu werfen. Mit einem Volumen von 26,9 Mio. Euro erreicht der Vermögenshaushalt erneut eine sehr respektable Höhe. Darin enthalten sind 11,5 Mio. Euro für Baumaßnahmen. Das könnte sich gegenüber den Vorjahren als „gering“ anhören. Aber angesichts der jährlich anfallenden Haushaltsausgabereise, werden wir auch 2014 ein hohes Investitionsvolumen umzusetzen haben.

Ein wichtiges Bauvorhaben in 2014 ist der Neubau des Feuerwehrhauses in Neustadt, das mit einer ersten Rate in Höhe von 668.000 Euro veranschlagt ist. In Bittenfeld sind erste Mittel zur parallel zum Neubau der Pflegeeinrichtung vorgesehenen Umgestaltung der Schillerstraße veranschlagt.

Auch die Ökologie kommt nicht zu kurz: Zahlreiche energetische Sanierungen sind vorgesehen. Ein größeres Öko-Projekt ist die Fischtreppe an der Vogelmühle.

Für die Jugendfarm ist eine weitere Planungsrate in Höhe von 45.000 Euro veranschlagt, die den Ehrenamtlichen im Jugendfarm-Verein eine verlässliche Grundlage bietet und das Miteinander von Verein und Stadt zu den vereinbarten Konditionen betont.

Nach der großen Maßnahme „Remstalradweg“ im Bereich der Geheimen Mühle, der noch im November 2013 eröffnet werden soll, stehen in 2014 nun einige Radwegemaßnahmen an, welche die Nutzung des Rads deutlich verbessern. Seit dem Pede-



Iec-Boom ist das Rad auch in unserer topographisch nicht einfachen Gegend eine echte Alternative im Nahverkehr.

Zahlreiche Investitionen sind für Kindertagesstätten veranschlagt, um diese Einrichtungen zu sanieren, energetisch zu verbessern und um weitere U3-Plätze zu schaffen.

Im Bereich der Schulen wird uns ab 2015 bei den Investitionen vor allem die Sanierung des Salier-Gymnasiums beschäftigen. Dabei geht es nicht nur darum, sie im Bestand herzurichten, sondern auf spezifische Anforderungen einzugehen, die sich aus dem Ganztagsangebot ergeben. Im Haushaltsplanentwurf sind 380.000 Euro für weitere und detaillierte Planungen eingestellt. Diese Sanierung mit rund 10 Millionen Euro Kosten binnen 3 bis 4 Jahren zu schultern, wird weder von der Arbeitsbelastung noch von den Möglichkeiten zur Finanzierung aus dem laufenden Haushalt einfach werden. Auch für die Schule eine Herkulesaufgabe der besonderen Art. Und das ist nur der erste Bauabschnitt. Danach geht es weiter. Was diese weiteren Maßnahmen kosten, ist noch unklar, weil es noch unsicher ist, welche Räume das Gymnasium für die Ganztagsbetreuung benötigt. Aber eines ist sicher: Wir haben der Schule das Wort gegeben, dass die Sanierung nach dem 1. Bauabschnitt fortgesetzt wird.

Natürlich ist es unser glockenklares Ziel, keine neuen Schulden aufzunehmen. Ob dies in den Jahren der Sanierung des Salier-Gymnasiums auch so bleiben kann, wird sich weisen und vor allem davon abhängen, welche sonstigen Investitionen auf den Weg gebracht werden und wie sich die konjunkturelle Situation darstellt.

Nicht verhehlen möchte ich, dass aufgrund der aktuellen Zinssituation die Aufnahme von Krediten durchaus verlockend ist. Aber wir dürfen nicht verkennen, dass Kredite eine Anleihe auf die Zukunft sind, und wenn wir unseren Kindern und nachfolgenden Generationen auch Spielräume und nicht nur Belastungen übergeben wollen, müssen wir das Ziel des Abbaus der Schulden aus den Jahren 2009 und 2010 weiter verfolgen.

Im Vermögenshaushalt 2014 ist ein Betrag in Höhe von 9,6 Millionen Euro für Sondertilgungen vorgesehen. Diesen Betrag können wir aus der Allgemeinen Rücklage entnehmen. Damit wird ein erster wichtiger Schritt zum Abbau der Verschuldung geleistet. Die weitere Konsolidierung unseres Haushalts ist aber eine Daueraufgabe, die wir nicht aus den Augen verlieren dürfen.

Noch ein Blick auf den Verwaltungshaushalt: Neben der Gewerbesteuer sind es vor allem der Einkommenssteueranteil und die Zuweisungen, die uns Gestaltungsspielraum in unserer Stadt eröffnen. Die Erkenntnisse aus dem Zensus 2011 schlagen im nächsten Jahr noch nicht eklatant zu Buche. Nichts desto trotz, wir müssen darauf achten, dass unsere Einwohnerzahl mit 53.000 Einwohnern konstant bleibt. Dadurch

können wir unsere vorhandene Infrastruktur auslasten und ihren Erhalt und Ausbau finanzieren.

Mit der Ausweisung der Neubaugebiete in den vergangenen Jahren und der konsequenten Umsetzung des Waiblinger Baulandmodells haben wir eine Erfolgsgeschichte geschrieben, die sich auch an den Einwohnerzahlen erkennen lässt. Ohne diese Gebiete hätten wir keine Perspektive, die 53.000 Einwohner, wohlgerne nach neuem Zensus, zu halten. Wenn wir über die Natur verfügen, müssen wir dafür sorgen, dass die Bauplätze auch bebaut und bewohnt werden und nicht brach liegen bleiben. Waiblingen-Süd und Bäumlesäcker oder Südlich der Korber Straße und die kommunalen Grundstücke auf dem Galgenberg sprechen eine deutliche Sprache. Bis auf einen Bauplatz konnten wir alles verkaufen. Ich bin überzeugt, dass auch das Gebiet Berg-Bürg, das ins Verfahren geht, einen guten Absatz finden wird. Gleiches gilt für die Heckenrosenstraße II. Aber auch dort muss klar sein: Diese Gebiete kommen nur, wenn das Waiblinger Baulandmodell umgesetzt werden kann, wenn also alle Grundstücke von der Stadt erworben werden können. Wir dürfen von diesem Grundsatz nicht abweichen - im Interesse derjenigen, die eine Wohnung suchen und auch im Interesse der Umwelt, und wir müssen auch weiterhin diesen für alle Beteiligten sinnvollen und auch wirtschaftlichen Weg gehen. Ich möchte nicht falsch verstanden werden. Ich gönne jedem Grundstückseigentümer die Wertsteigerung, die das eigene Grundstück erfährt, wenn es zu Bauland wird. Grundeigentum ist in unserem Land aber auch mit der Sozialpflichtigkeit verbunden. Das heißt, wer hat, soll auch seinen Teil dazu beitragen, dass sich das gemeinsame Ganze entwickeln kann. Ich rede dabei nicht von Vermögensumverteilung oder davon, dass man Leistungsanreize raubt, wirtschaftlich voranzukommen. Ganz im Gegenteil. Aber die Umwandlung von Bauland hat nichts damit zu tun, dass Menschen eine Erfindung machen oder unternehmerisch tätig sind. Die Umwandlung von Bauland ist eine planerische Entscheidung, die zu einer neuen Vermögenssituation führt.

Aus unserer Fortschreibung des Stadtentwicklungsplans wissen wir, dass Waiblingen eine Stadt ist, in der man gerne wohnt und die man ungern verlässt. Wir haben die Verantwortung, auch Menschen, die sich auf dem freien Wohnungsmarkt schwer tun, eine Perspektive zu bieten. Auf die nachher auf der Tagesordnung stehenden Vorlagen zur Wohnungssituation verweise ich. Nur so viel vorab: Eine Stadt wäre überfordert, wenn nur sie allein die ausreichende Anzahl von öffentlich geförderten Mietwohnungen zur Verfügung stellen müsste. Hier sind alle gefordert: Die Stadt genauso wie Land und Bund die durch entsprechende Programme Anreize für Kommunen und auch für private Wohnungs- und Hauseigentümer bieten müssen, damit wieder mehr Mietwohnungen angeboten werden. Mit dem nachher einzubringenden Vorschlag, auf dem Grundstück Pommernweg 1 und 3 21 neue Mietwohnungen zu bauen und diese zu günstigen Mietkonditionen anzubieten, werden zwar unter dem Strich nur 2 zusätzliche Wohnungen geschaffen, aber die Wohnsituation verbessert sich für die Mieterinnen und Mieter deutlich, weil es künftig bessere Wohnungen gibt. Das ist eine Maßnahme von vielen aus dem Strauß von Aktivitäten, die wir künftig

entfalten müssen, um auch auf dem Feld des Mietwohnungsbaus Impulse zu geben. Und das ist kein leichtes Unterfangen.

Wie schwer sich selbst das Land tut, kann aktuell in der Meldung herausgelesen werden, dass im Jahr 2013 landesweit gerade einmal 64 Anträge für 1.360 Sozialwohnungen gestellt wurden, obwohl laut Mieterbund über 400.000 Sozialwohnungen fehlen.

Im vergangenen Jahr haben wir uns vor allem Gedanken darüber gemacht, wie wir den Wohnungsbestand oder auch den Neubau von Wohnungen organisieren sollen. Ich greife es vorweg: Die Überlegungen, unsere städtische Wohnungsgesellschaft mit Personal auszustatten, das den Bestand an Mietwohnungen unterhält und verwaltet, oder auch die Sanierung und den Neubau von Mietwohnungen vornimmt, sollten nicht weiter verfolgt werden. Wir haben ein gut funktionierendes System der Verwaltung der Mietwohnungen im Fachbereich Hochbau und Gebäudewirtschaft. Im Zuge der Verwaltungsstrukturreform 2007 wurde der Mietwohnungsbestand dem damaligen Hochbauamt zugeordnet, so dass Verwaltung, Vermietung, Sanierung und Neubau aus einer Hand im Technischen Dezernat erfolgen können. Wir würden gut funktionierende Strukturen zerschlagen, womöglich neue Schnittstellen schaffen, und hätten nichts gewonnen. Ausgewählte Mietwohnungsobjekte können neu gebaut werden, ohne das Personal aufstocken oder organisatorisch neu ordnen zu müssen.

Wir investieren jährlich hohe Summen in unsere Gebäude. Im Haushaltsplan sind im Verwaltungshaushalt 400.000 Euro und im Vermögenshaushalt weitere 420.000 Euro eingestellt. Einiges davon fließt auch in die Wohngebäude. Damit will ich uch dem manchmal vermittelten Eindruck widersprechen, die Stadt würde ihre Wohnungen nicht unterhalten. Wir tun dies kontinuierlich. Ich meine, wir sind gut aufgestellt und sollten diese Position nutzen und festigen, um dann, wenn möglich und wirtschaftlich angezeigt, selbst tätig zu werden oder über Erbbaurechte und Belegungsrechte dafür Sorge zu tragen, dass öffentlich geförderte Mietwohnungen angeboten werden. Welcher Weg beschritten wird, der Bau ins Eigentum der Stadt, der Erwerb von Belegungsrechten oder die Vergabe eines Erbbaurechts, ist im Einzelfall zu entscheiden. Es gibt keinen Königsweg.

Das Grundstück Beinsteiner Straße 40 finden Sie heute noch nicht auf der Tagesordnung. Die Gespräche zur Vermarktung laufen noch. Ich gehe davon aus, dass wir Ihnen in der November-Sitzungsrunde entscheidungsreife Fakten vorlegen können.

Unsere Aufgabe heißt: Wohnungen für Menschen bereitstellen, die sich auf dem freien Wohnungsmarkt schwer tun. Diese Aufgabe kann man mit verschiedenen Instrumenten lösen. Wenn wir im November 2013 anhand der beiden Objekte Beinsteiner Straße und Pommernweg wissen, welcher Aufwand jeweils notwendig ist, können wir auch vereinfacht herunterbrechen, was es kostet, um „1 Mietwohnung zu

bauen und sie 50 Jahre zu erhalten“ oder was ein Belegungsrecht für 50 Jahre kostet.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, der Haushalt 2014 ist hiermit eingebracht. Er wurde nach den Grundsätzen der vorsichtigen und vorausschauenden Planung aufgestellt. Die in ihm veranschlagten Ausgaben im Verwaltungshaushalt machen deutlich, dass wir eine gut ausgebaute Infrastruktur haben, die uns Folgekosten beschert, von denen wir wussten und die uns nicht überraschen dürfen.

Die Finanzausgleichseffekte belasten den Haushalt 2014 enorm. Trotzdem gelingt es, wenn auch an anderer Stelle sparsam gewirtschaftet und auf die Leistungsfähigkeit der Umlagefinanzierer geachtet wird, den Haushaltsausgleich zu gewährleisten.

Die Einnahmen orientieren sich an den Vorjahren und unterstellen eine weiterhin gute konjunkturelle Entwicklung. An der Steuer- und Gebührenschrabe wurde weder nach oben noch nach unten gedreht.

Der Vermögenshaushalt enthält kein Wunschkonzert von Investitionen oder Maßnahmen, um zu gefallen. Es sind die Mittel zur Fortsetzung begonnener Investitionen enthalten, vor allem im Bereich Bildung, Betreuung und Erziehung. Dort und im Sportstättenbau sind auch neue Investitionen vorgesehen. Mit dem Beginn der Baumaßnahme für das Feuerwehrhaus Neustadt erhalten die ehrenamtlich Tätigen eine wichtige Perspektive, die auch ihre Arbeit wertschätzt.

Die zu erwartende wirtschaftliche Situation 2014 eröffnet bescheidene Spielräume. Im Haushaltsplanentwurf wurde darauf geachtet, die Politik und das kommunale Handeln der vergangenen Jahre mit Augenmaß, Kontinuität und mit Verantwortungsbewusstsein und dem Blick für das Machbare im Jahr 2014 fortzusetzen.

Ich möchte die Gelegenheit nicht verstreichen lassen, ohne allen Steuerzahlern, Gewerbetreibenden und der Bürgerschaft unserer Stadt für ihre tägliche Mitwirkung an der Gestaltung unseres Gemeinwohls zu danken.

Für die Erstellung des Haushaltsplanentwurfs und eine positiv-akribische Arbeit danke ich Herrn Hähnle, Frau Zettler und Frau Layer sowie dem Kämmerteam.

Ihnen allen danke ich für Ihre Aufmerksamkeit.

Ich freue mich auf die Aussprache zum Haushaltsplanentwurf 2014 und wünsche uns gute Beratungen.